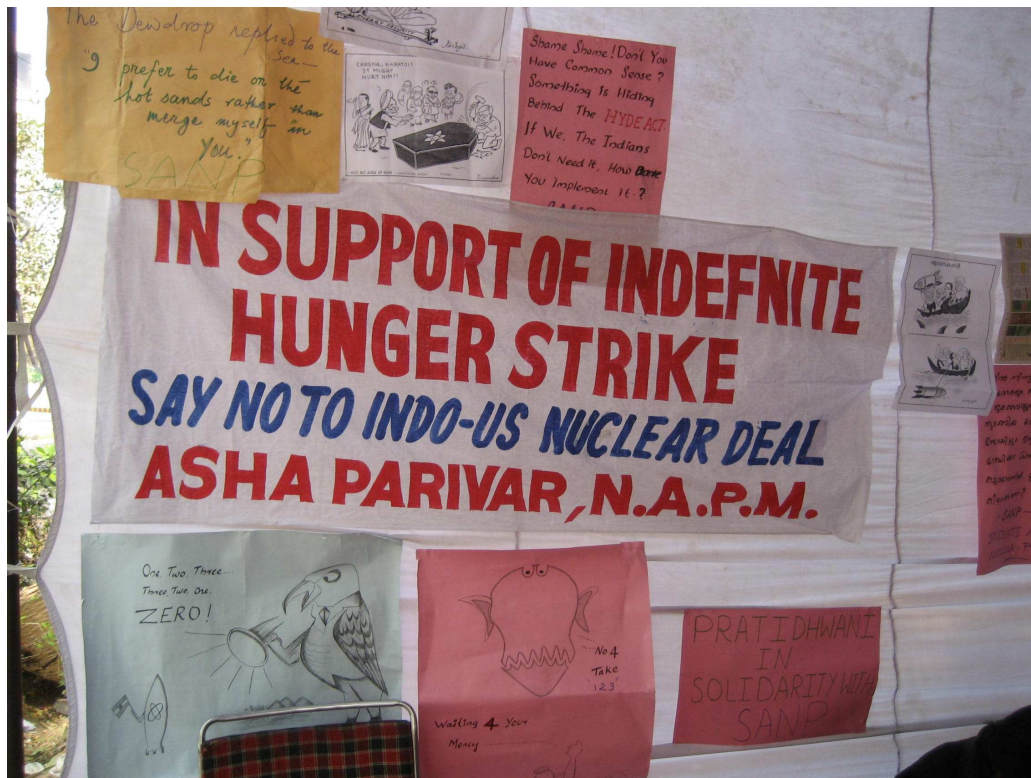


Indiens Ureinwohner leiden unter Uranbergbau

ADIVASI-ORGANISATIONEN FORDERN RESPEKT VOR DEN RECHTEN INDIGENER VÖLKER



Memorandum der Gesellschaft für bedrohte Völker – August 2010

Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Bozen - Göttingen/Berlin - London - Luxemburg -
New York - Sarajevo/Srebrenica - Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Telefon ++49 (0)551 49906-0
Fax ++49 (0)551 58028
info@gfbv.de
www.gfbv.de



Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

Bestellungen bitte direkt an: Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).
Gern übersenden wir Ihnen auch kostenlose Informationen über unsere
Menschenrechtsarbeit.

Bitte unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit der GfbV mit einer Spende.

Impressum:

Herausgeber und Copyright:	Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.
Titelfoto:	Dr. James Albert/GfbV
Text:	Ulrich Delius, Dr. James Albert
Redaktion:	Ulrich Delius, Astrid Bracht
Göttingen, August 2010	

INHALT

Indiens Adivasi-Ureinwohner leiden unter Uranbergbau	4
Neue Uran-Minen werden erschlossen	4
Uranbergbau in Jadugoda	4
Radioaktive Strahlung bedroht Adivasi	5
Fehlende Sicherheitsvorkehrungen	6
Gesundheitsschäden	6
Staatliche Verschleierungstaktik	7
Protest gegen Begrenzung der Haftung für kerntechnische Anlagen	7
Adivasi-Organisationen fordern Respekt vor den Rechten indigener Völker	8
Forderungen der Adivasi in Jharkhand	9
Wer ist die GfbV?	9

Indiens Adivasi-Ureinwohner leiden unter Uranbergbau

Indiens Regierung setzt auf den Ausbau der Atomkraft und auf den Bau neuer Atomkraftwerke. Steuert die Atomkraft bislang nur vier Prozent zur Energieproduktion des Landes bei, die vor allem von Kohlekraftwerken erbracht wird, so soll die Kernkraft bald mehr Bedeutung bekommen. Zurzeit sind 19 Atomreaktoren in Indien in Betrieb, die 4.560 Megawatt produzieren. Bis zum Jahr 2032 soll die Energieproduktion der Kernreaktoren auf 63.000 Megawatt gesteigert werden, erklärte der Minister für Wissenschaft und Technologie, Prithviraj Chavan, im August 2010 (New Kerala, 9.8.2010).

Als Asiens drittgrößter Energieverbraucher wird die Nachfrage nach Uran in den kommenden Jahren weiter wachsen. Bislang produziert Indien rund 450 Tonnen Uran jährlich. Doch schon im Jahr 2020 wird Indien jährlich 8.000 Tonnen Uran fördern müssen, um seinen Eigenbedarf zu sichern (Commodity Online, 14.8.2010). Es wird erwartet, dass der Uranbedarf Indiens jährlich um 1.500 bis 2.000 Tonnen zunehmen wird (Mineweb, 13.7.2010). Die indischen Behörden gehen davon aus, dass rund 148.000 Tonnen Uran noch als Bodenschätze im Land vorhanden sind (New Kerala, 9.8.2010). Gefördert wird bisher vor allem in sechs Minen im Bundesstaat Jharkhand im Osten des Landes. Noch in diesem Jahr soll aber auch die Uran-Mine Tummalapallee im Bundesstaat Andhra Pradesh ihren Betrieb aufnehmen.

Uran-Minen werden erschlossen

Auch in den West Khasi Hills im nördlich von Bangladesh gelegenen Bundesland Meghalaya sollen weitere Uran-Bergwerke errichtet werden. Meghalaya gilt nach Jharkhand und Andhra Pradesh als die dritt wichtigste Uran-Lagerstätte in Indien. Rund 16 Prozent der Uranvorkommen des Landes befinden sich in Meghalaya. Im August 2009 verpachtete die Landesregierung des Bundesstaates der staatlichen Uran Bergbau-Gesellschaft Uranium Corporation of India Limited (UCIL) 422 Hektar Land in den West Khasi Hills, das reich ist an Uran, für 30 Jahre (Business Standard, 27.8.2009). Mindestens 14.000 Tonnen Uran werden alleine in diesem Bundesstaat vermutet. Schon zu Beginn der 90er-Jahre hatte Indien den Abbau von Uran in Meghalaya geplant. Damals gaben die Behörden das Projekt angesichts des Widerstands der Adivasi-Bevölkerung auf. Denn die

Ureinwohner hatten Dorfkomitees aufgebaut, um den friedlichen Widerstand gegen den Bergbau zu stärken. Die Proteste der Adivasi zwangen die Landesregierung Meghalayas dazu, eine hochrangige

Untersuchungskommission mit der Analyse der möglichen Folgen des Uranabbaus zu beauftragen. Schließlich sah sich UCIL genötigt, öffentlich zu erklären, dass es das Projekt nur vorantreiben werde, wenn es breite Unterstützung unter der lokal von dem Projekt betroffenen Bevölkerung gebe (Assam Tribune, 26.8.2003). Nun will man ungeachtet der Kritik der indigenen Völker mit dem Bergbau ernst machen, obwohl die Kosten für das umstrittene Projekt drastisch gestiegen sind. Ging man in den 90er-Jahren noch von Kosten in Höhe von 600 Millionen Euro aus, so schätzt man die erforderlichen Investitionen inzwischen auf 1,6 Milliarden Euro.

Uranbergbau in Jadugoda

Das bedeutendste Uranabbaugebiet Indiens liegt in der Gegend von Jadugoda im indischen Bundesstaat Jharkhand. Dort leben vor allem Angehörige der Adivasi-Völker Ho und Santhal. Im Dorf Dungridih nahe Jadugoda strömten am 24. Dezember 2006 neun Stunden lang tausende Liter radioaktiven Abfalls in einen kleinen Fluss und in die Umgebung der Siedlung. Sie wird überwiegend



UCIL - Die Firma wird von Ureinwohnern und Umweltschützern heftig kritisiert © Dr. James Albert/GfbV

von Adivasi-Familien bewohnt, die beim Bau der Anlage und der dazugehörigen Absetzbecken dorthin umgesiedelt wurden. Die Mine wird von der Uranium Corporation of India Limited (UCIL) betrieben. Erst als die Bewohner des Dorfes die Leitung des Werkes informierten, wurde das Leck repariert. 1986 war schon einmal der Damm eines der mit radioaktivem Abraum gefüllten Absetzbecken gebrochen. Es existierten offensichtlich keine Warnvorrichtungen. Der ausgetretene Abfall bildete auf dem Fluss einen Gifteppich, der die Wasservorräte zahlreicher flussabwärts gelegener Adivasi-Gemeinden verseuchte und einen Großteil der im Fluss und in der Uferregion lebenden Tierwelt vernichtete.

Uranerz wird von der UCIL im Gebiet von Jadugoda seit 1967 im Untertagebau gefördert. Gegenwärtig gibt es dort drei Minen, Bhatin, Narwapahar und Jadugoda, welche die in Jadugoda selbst befindliche Uranmühle mit Erz versorgen. Dieses wird dort zu einem feinen Pulver zermahlen, aus dem dann mit Hilfe von Säuren das Uran herausgelöst wird. Das so gewonnene und nach seiner auffälligen Färbung „Yellowcake“ genannte Uranpulver besteht zu 70-80 Prozent aus Uranverbindungen und ist eine wichtige Zwischenstufe bei der Produktion von Kernbrennstoffen.



Offene Absatzbecken für radioaktive Abfälle. In der Regenzeit laufen die Becken über und überschwemmen das angrenzende Land mit radioaktivem Schlamm. Eine Gefährdung für die Menschen und Tiere der Region. © Dr. James Albert/GfbV

Die Uranmühle in Jadugoda stellt aus täglich etwa 1.000 Tonnen Uranerz pro Jahr etwa 200 Tonnen Yellowcake her. Die nicht genutzten 99,94 Prozent des Erzes ergeben im gleichen Zeitraum eine Abraummenge von geschätzten 330.000 – 360.000 Tonnen. Diese ist noch stark säurehaltig und wird daher zunächst mit Kalk neutralisiert. Anschließend werden die groben Bestandteile – etwa 50 Prozent des Abraums – von den feinen Bestandteilen getrennt. Erstere werden zum Auffüllen der Förderstollen verwendet. Die feineren Bestandteile des Abraums werden mit Wasser vermischt und durch eine – teilweise über die Dächer eines Dorfes verlaufende –

Rohrleitung in Absatzbecken gepumpt. In Jadugoda existieren bislang drei Absatzbecken, die insgesamt eine Fläche von mehr als 78 ha einnehmen (<http://www.thimmakka.org/>

Newsletters/SA/0india/0india.htm) und mehrere zehntausend Tonnen radioaktiven Abraums enthalten. Der Bau eines vierten Beckens wird in absehbarer Zeit erforderlich sein.

Radioaktive Strahlung bedroht Adivasi

Der Abraum in den Absetzbecken enthält ca. 80 Prozent der ursprünglichen Radioaktivität des Erzes. Dazu kommen noch die Rückstände der Säuren, mit denen das Uran ausgewaschen wurde sowie die im Uranerz enthaltenen Schwermetalle Zink, Blei, Mangan, Cadmium und das hochgiftige Halbmetall Arsen. Die Absetzbecken sind weder eingezäunt noch abgedeckt. So verdunstet im Verlauf der Trockenzeit das Wasser aus den Becken und der Wind kann den giftigen Staub in die Umgebung verteilen. Während der Monsunzeit laufen die Becken dagegen häufig über, so dass sich ihr Inhalt in den nächstliegenden Fluss ergießt. Da der Boden der Absetzbecken nicht abgedichtet ist, können die Giftstoffe ständig ins Erdreich versickern. Außerdem wurden die Absetzbecken von Jadugoda für geraume Zeit illegal als Endlager für radioaktive Abfälle anderer Produktionsanlagen, Forschungseinrichtungen und Krankenhäusern aus dem ganzen Land genutzt ("A Deformed Existence", Down to Earth Magazine, 15.6.1999).

Fehlende Sicherheitsvorkehrungen

Es gibt nur wenige Bemühungen, Adivasi in den angrenzenden Dörfern oder die Arbeitskräfte in der Uranmine und -mühle vor der Radioaktivität zu schützen. Nach dem indischen Atomgesetz sind Siedlungen innerhalb eines Radius von 5 km um Atommülldeponien und Absetzbecken nuklearer Abfälle nicht erlaubt. Dessen ungeachtet leben in diesem Bereich 30.000 Menschen. Sieben Dörfer



Ungeschützte Rohrleitung mit radioaktiven Abfällen © Dr. James Albert/GfbV

befinden sich innerhalb eines Umkreises von 1,5 km. Das eingangs erwähnte Dorf Dungridih liegt sogar in nur 40 m Entfernung von einem Absetzbecken. Die Dämme der Absetzbecken dienten lange als Viehweiden und Spielplatz. Oft werden sie von den Adivasi auch als Wege genutzt. In den Überlaufzonen der Becken wird Getreide angebaut. LKWs transportieren das Uranerz auf offenen Ladeflächen durch die Dörfer zur Mühle und verlieren Teile ihrer Ladung auf den Straßen. Fässer mit radioaktivem Inhalt werden an öffentlich zugänglichen Orten gelagert. Zudem finden Teile des radioaktiven Abraums Verwendung für Geländeaufschüttungen oder werden als Baumaterial verwendet.

Es kann kaum verwundern, dass dieser extrem sorglose Umgang mit dem Uran Auswirkungen auf die Gesundheit der Anwohner hat. Besonders schlecht bestellt ist es um

die Gesundheit der 7.000 Arbeiter in Mine und Mühle – die überwiegende Mehrzahl von ihnen Adivasi. Als einzige Schutzmaßnahme erhalten sie Handschuhe. Berichten der indischen Presse zufolge gab es zahlreiche Todesfälle. Bekannt sind die Zahlen für den Zeitraum 1994-1997. Ihnen zufolge starben im Jahr 1994 dort 17 und in den Folgejahren 14, 19 und 21 Arbeiter. Kranke Arbeiter werden in einem werkseigenen Krankenhaus behandelt. Ihre Krankenakten sind ein ebenso gut gehütetes Geheimnis wie die von ihren Dosimetern gemessene Strahlenbelastung. Angesichts dieser Missstände verbreiteten sich unter der Belegschaft mit der Zeit Angst und Unzufriedenheit. Die UCIL begegnete dem durch den Einsatz von Leiharbeitern, die problemlos ausgetauscht werden können, sobald sie erste Anzeichen von Krankheit zeigten.

Gesundheitsschäden

Zu den im Gebiet von Jadugoda auffälligen Gesundheitsschäden gehören zahlreiche Krebserkrankungen und erblich bedingte Missbildungen bei Neugeborenen wie z.B. Down-Syndrom und zusammengewachsene Finger oder Zehen. Vor allem Minenarbeiter leiden häufig an Tuberkulose und Lungenkrebs. Vielfach beklagt werden allgemeine Erschöpfungszustände, Appetitlosigkeit und Erkrankungen der Atemwege.

Indiens Adivasi-Ureinwohner stellen mit mehr als 95 Millionen Menschen die größte indigene Gruppe weltweit. Indiens Urbevölkerung hat von der Abhängigkeit des Landes nicht profitiert. Die meisten Adivasi leben unterhalb der Armutsgrenze und werden im Alltagsleben trotz anders lautender Gesetze systematisch diskriminiert und marginalisiert. Großprojekte, wie der Bau von Staudämmen sowie Berg- und Stahlwerken haben zur Vertreibung hunderttausender Adivasi geführt. Systematisch werden ihre traditionellen Landrechte von den Behörden und Großunternehmen ignoriert und verletzt.

Der Bundesstaat Jharkhand ist mehr als doppelt so groß wie die Niederlande. Die 30 verschiedenen Adivasi-Gruppen stellen 27 Prozent der 30 Millionen Bewohner. Vor der Unabhängigkeit Indiens waren die Adivasi mit mehr als 50 Prozent der Einwohner die größte Bevölkerungsgruppe in Jharkhand. Sie leben in der Region seit mehr als 2.500 Jahren.



Adivasi-Mädchen beim Schulbesuch in Ranchi © Dr. James Albert/GfbV

Deutliche Zunahmen gibt es auch bei der Zahl der Fehl- und Totgeburten, bei Impotenz und Kindersterblichkeit sowie bei Blutarmut, Erkrankungen des Nervensystems wie Parkinson und bei Hautkrankheiten wie z.B. Krötenhaut. Beobachtungen von Dorfkrankenschwestern bestätigen übereinstimmend zahlreiche Fehl- und Totgeburten sowie Fälle von Unfruchtbarkeit und Menstruationsproblemen. Eine Delegation der **National Commission for Women**, die kürzlich eines der betroffenen Dörfer, Telaitannd, besuchte, sah sich diesbezüglich mit einer Flut von Klagen der Dorfbewohnerinnen konfrontiert. Auch in der Tier- und Pflanzenwelt finden sich zunehmend Anzeichen für Strahlenschäden. Kälber werden ohne

Schwänze geboren, Fische entwickeln bislang unbekannte Geschwüre und die Mutation von Früchten führt zu samenlosen Varianten.

Staatliche Verschleierungstaktik

Offizielle Stellen und die UCIL bezeichnen dessen ungeachtet Kernenergie als sichere und zukunftssträchtige Form der Energiegewinnung. Die für die friedliche und militärische Nutzung notwendige Förderung und Aufbereitung des Urans stellt ihnen zufolge keinerlei Gesundheitsrisiko dar. Wenn die seltenen eigenen Untersuchungen doch Auffälligkeiten ergeben, dann wird einfach jeglicher ursächliche Zusammenhang mit dem Uranbergbau bestritten. Stattdessen werden alle möglichen anderen Ursachen wie schlechte Ernährung, Alkoholismus, mangelnde Hygiene und genetische Veranlagung der Adivasi ins Feld geführt. Zusätzlich abgesichert wird diese Verschleierungstaktik durch das indische Atomgesetz, das alle Daten, die in Zusammenhang mit dem indischen Atomprogramm stehen, unter strenge Geheimhaltung stellt. Selbst der unbefugte Besitz eines Geigerzählers ist unter Strafe gestellt.

Jadugoda als bedeutendstes Uranabbaugebiet Indiens ist von zentraler Bedeutung für die Autonomie des indischen Atomprogramms. Selbst einfachste Sicherheitsmaßnahmen und eine Aufklärung der Bevölkerung über die gesundheitlichen Gefahren lassen sich mit dessen möglichst reibungslosen Vorschreiten offensichtlich nicht vereinbaren.

Protest gegen Begrenzung der Haftung für kerntechnische Anlagen

Geht es nach dem Willen der Regierung Indiens, dann soll ein neues Gesetz die Haftung von Betreibern atomaren Anlagen drastisch begrenzen. Seit Monaten streiten Indiens Parteien über den Gesetzesentwurf der „Civil Liability of Nuclear Damage Bill“. Das umstrittene Gesetz sieht vor, dass ausländische Lieferanten von kerntechnischen



Protestierende Arbeiter vor einer Atomanlage bei Turamdih. Sie leben unmittelbar bei den Urananbauegebieten und Atomwüllddeponien. © Dr. James Albert/GfbV

Anlagen im Falle von Unfällen keinen Schadensersatz zu leisten haben und dass auch die Betreiber der Kraftwerke nur begrenzt für Schäden aufkommen müssen. Für die restlichen Schäden soll der Staat aufkommen.

Die Regierung in New Delhi will das Gesetz bis zum geplanten Indien-Besuch des US-Präsidenten Barack Obama im November 2010 in Kraft treten setzen. Denn vor allem die US-amerikanische Atomindustrie drängt auf einen Haftungsausschluss, bevor sie den Export von Kernkraftwerken auf den Subkontinent forciert. Eine solche Gesetzgebung ist die letzte Voraussetzung für die Umsetzung des umfassenden Rahmenvertrages zwischen beiden Staaten über den Ausbau der zivilen atomaren Kooperation, der im Jahr 2008 vereinbart wurde. Bislang waren vor allem Frankreich und Russland erfolgreich beim Verkauf von neuen Atomkraftwerken an Indien.

In Indien wurde so viel Kritik an dem Gesetz laut, dass der Entwurf an einen Parlamentsausschuss zurückverwiesen wurde. Dort stritten auch noch im August 2010 Regierungsparteien und Opposition über den Umfang der Haftung. Umweltschutzorganisationen und Adivasi haben grundsätzliche Bedenken gegen das Gesetz, das sie als diskriminierend und unmoralisch bezeichnen. Auch merken die Kritiker an, dass in den USA sehr viel strengere Haftungsbestimmungen für die Betreiber von kerntechnischen Anlagen gelten.

Adivasi-Organisationen fordern Respekt vor den Rechten indigener Völker

Erst mit den Aufklärungskampagnen der 1991 gegründeten **Jharkhandi's Organisation against Radiation (JOAR)** erfuhr die Mehrheit der Adivasi, dass ihre Krankheiten nicht von den Göttern gewollt, sondern von Menschen gemacht sind. Im Jahr 2004 wurde JOAR für seine Arbeit mit dem Nuclear-free Future Award ausgezeichnet. Die Organisation setzt sich für eine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen und der medizinischen Versorgung, vor allem aber für eine angemessene Entschädigung der beim Ausbau des Urankomplexes von ihrem Land Vertriebenen ein.

Jadugoda ähnelt in dieser Hinsicht vielen anderen Umsiedlungsfällen: Es wurde zunächst viel versprochen und hinterher – gleichgültig, ob es sich um Entschädigung in Geld und Land oder um zugesagte Arbeitsplätze handelte – sehr wenig gehalten. Allzu oft haben die Adivasi selbst für geringe Entschädigungssummen lange kämpfen müssen. Und auch der Wert der wenigen von der UCIL für einige von ihnen zur Verfügung gestellten Arbeitsplätze ist in Anbetracht der mit ihnen verbundenen Gesundheitsrisiken eher zweifelhafter Natur.

So sind die Adivasi sowohl als Bergarbeiter in den Minen, als auch als Anlieger, denen traditionell das rohstoffreiche Land gehört, vom Uranabbau betroffen. Rund 40 Prozent der Bodenschätze Indiens befinden sich in Jharkhand. Besonders reich sind die Vorkommen an Kohle, Eisenerz und Bauxit. Unter dem Abbau der Rohstoffe leiden vor allem die indigenen Völker. Organisationen betroffener Ureinwohner haben sich daher im Jahr 2001 im **Jharkhand Mines Area Coordination Committee (JMACC)** zusammengeschlossen, um die Interessen der Bergarbeiter und der unter dem Landraub leidenden Ureinwohner wirksam zu vertreten.

Zahlreiche umstrittene Bergbauprojekte konnte das Bündnis bereits verhindern. „In Jharkhand ist die Regierung der Gesetzesbrecher“, erklärt **Punit Minz**, der **Generalsekretär von JMACC**. „Denn der Pachtvertrag von Chhottanagpur aus dem Jahr 1908 verbietet jeden Verkauf von Land oder Landtransfer in Stammesgebieten an Nicht-Ureinwohner. Warum unterzeichnet die Regierung dann entsprechende Vereinbarungen mit Bergbau-Unternehmen“, fragt Minz.

Forderungen der Adivasi in Jharkhand und ihrer Unterstützerorganisationen:

- **Bessere Arbeitsbedingungen** und **mehr Sicherheit** für die Beschäftigten im Uranbergbau sowie für die Bewohner der umliegenden Gemeinden.
- Die **medizinischen und ökologischen Folgen** des Uranbergbaus müssen von einer **unabhängigen Untersuchungskommission** analysiert werden und die Ergebnisse der Studie müssen unverzüglich veröffentlicht werden.
- Das Bergbau-Unternehmen **UCIL** muss sich zu seiner **Verantwortung** als Betreiber kerntechnischer Anlagen **bekennen**, anstatt die Folgen des Rohstoffabbaus zu verharmlosen.
- Die **Landrechte indigener Völker** müssen bei der Planung und beim Bau neuer Bergbauprojekte **respektiert** werden. Unabhängige Rechtsgutachter müssen die Unbedenklichkeit neuer Landnahme prüfen. Adivasi müssen unmittelbar in die Planung und Umsetzung neuer Projekte auf ihrem Land einbezogen werden.
- Adivasi müssen gerecht an den wirtschaftlichen **Profiten** der Bergbau-Unternehmen **beteiligt** werden und **bevorzugt als Arbeitskräfte** aus der Region **eingestellt** werden.
- Die Abgeordneten des **indischen Parlaments** müssen eine parlamentarische **Kontrollfunktion** bei der Überwachung der Nutzung der Kernenergie eingeräumt bekommen. Bislang unterstehen alle Fragen der Kernkraft unmittelbar dem Staatspräsidenten.
- Der zurzeit im indischen Parlament beratene **Gesetzentwurf zur Beschränkung der Haftung für kerntechnische Anlagen darf nicht verabschiedet werden und in Kraft treten**. Auch bei Unfällen in Kernkraftwerken muss das Verursacherprinzip gelten und Betreiber müssen unbegrenzt für die Folgen radioaktiver Strahlung haften.

Wer ist die GfbV?

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) seit über 40 Jahren für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Gemeinschaften ein. Sie unterstützt indigene Völker und bedrohte Nationalitäten in Nord, Süd- und Mittelamerika, Asien, Afrika, im Nahen Osten und in Europa bei der Verteidigung ihrer Rechte und ihrer Lebensweise.

Seit 1993 hat die Gesellschaft für bedrohte Völker - International Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen. 2005 erhielt sie zudem mitwirkenden Status beim Europarat.

